

Rote Pläne für schwarze Zahlen

Finanzen Finanzvorsteher Kaspar Bopp (SP) hat eine Finanzstrategie für die nächsten vier Jahre vorgestellt. Die Stadt darf jährlich 80 Millionen Franken investieren – mehr als heute.

Michael Graf

Dass Winterthur wächst und investieren muss, zeigt sich beim Schulraum. In den nächsten 15 Jahren muss die Stadt Zimmer für 80 zusätzliche Klassen erstellen. Dazu sind diverse Bauten in die Jahre gekommen und müssen saniert werden, vom Theater Winterthur über das Alterszentrum Adlergarten bis zum Stadion Schützenwiese. Wie das finanziell aufgehen soll, damit befasst sich das Departement von Kaspar Bopp (SP). Am Donnerstag stellte er seine Finanzstrategie 2023 bis 2026 vor. Die wichtigsten Erkenntnisse im Überblick:

— Wie viel Wachstum kann sich Winterthur leisten?

Einer der vier Leitsätze in Bopps Programm betont, dass Winterthur in der aktuellen Wachstumsphase Investitionen in die Infrastruktur und die personellen Ressourcen tätigen muss. Unlimitiert gilt das aber nicht. Die städtischen Budgets müssen so gestaltet werden, dass die Nettoschuld jährlich um höchstens 4 Prozent ansteigt. Das erlaubt, 100 Millionen Franken pro Jahr für Investitionen zu budgetieren, von denen 80 Prozent auch umgesetzt werden. Die Zielwerte sind etwas tiefer als bisher, doch in Realität ändert sich damit wenig: In den letzten Jahren wurden im Schnitt bloss 74 Millionen Franken tatsächlich investiert.

— Müssen die Steuern erhöht werden?

Bopps Plan mahnt einerseits zu Ausgabendisziplin. Andererseits betont er, dass ein «entsprechender Steuerfuss» erforderlich sei. Was heisst das im Klartext? «Im Moment zeichnet sich keine Veränderung des Steuerfusses ab», sagt Bopp. «Denn das Wachstum der Stadt findet auf beiden Seiten statt, auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmenseite.»



«Resilienz» ist sein Lieblingswort: Finanzvorsteher Kaspar Bopp (SP) meint damit, dass die Stadt auch auf Unvorhergesehenes wie Krieg, Krisen und Pandemie reagieren kann. Foto: M. Dahinden

— Wie wichtig ist das Eigenkapital?

Ein Puffer an Eigenkapital ermöglicht der Stadt, auf unerwartete Entwicklungen zu reagieren. Und von denen gab es in jüngerer Vergangenheit einige: die Corona-Pandemie, den Energiepreisschock, den Ukraine-Krieg. Bopps Strategie will jedoch den Blick von den Kennzahlen Eigenkapital und Verschuldung ausweiten auf eine Reihe weiterer Massnahmen. Um das Ziel eines «resilienten», also robusten und handlungsfähigen Stadthaushalts zu erreichen, seien auch andere Bausteine entscheidend. Etwa Wei-

terbildung der Mitarbeitenden, Früherkennungssysteme und finanzielle Steuerungsinstrumente. «Wir können dann rasch reagieren, wenn wir genau wissen, wo unser Spielraum liegt», so Bopp.

Einen Zielwert fürs Eigenkapital hat Bopp nicht gesetzt. Er vertraut auf die Schuldenbremse: «Der mittelfristige Ausgleich führt automatisch dazu, dass das Eigenkapital langsam ansteigt. In der aktuellen Wachstumsphase ist das der richtige Weg.»

— Droht ein Zinsschock?

Die Zinsen sind kräftig gestiegen. «Das werden wir beim aktuellen

Schuldenstand spüren», sagt Bopp. Schlaflose Nächte bereitet ihm die Entwicklung aber offenbar nicht. «Wir sind sehr langfristig finanziert und haben heute eine sehr tiefe Zinsbelastung von etwa einem Prozent.» Bopp geht davon aus, dass die Zinsbelastung auch in Zukunft nicht «relevant steigen» wird. Sollte dies trotzdem passieren, werde man die Obergrenze für Neuinvestitionen neu prüfen.

— Wie abhängig ist Winterthur vom Kanton?

Viele der grössten Kostenblöcke der Stadt entziehen sich der

Kontrolle des Stadtrats: etwa das Schulwesen, die Sozialhilfe, die Pflegefinanzierung oder die schulergänzende Betreuung, wo ein Grossteil der Vorgaben von Kanton und Bund kommen. Dort will sich Winterthur, im Verbund mit anderen Städten, stärker für die Interessen der Stadt einsetzen. Eine stadtinterne Arbeitsgruppe dazu ist im Aufbau. Ein Erfolgsbeispiel ist dabei das Zusatzleistungsgesetz, das im Jahr 2020 angenommen wurde und die Städte finanziell entlastet, weil der Kanton einen höheren Kostenanteil übernimmt. Andererseits hängt

auch ein grosses Stück der Einnahmen der Stadt vom Kanton ab. Um die 220 Millionen Franken erhält Winterthur im laufenden Jahr aus dem Finanzausgleichstopf und ist damit mit Abstand die grösste Nehmergemeinde. Aus dieser Situation herauszukommen, ist laut Bopp keine Priorität. «Davon sind wir sehr weit weg. Es gäbe für den Stadtrat auch keinen Mehrwert, darauf hinzuarbeiten.»

Denn auf dem Weg dahin gilt: Was Winterthur an eigenen Steuereinnahmen dazuverdient, fällt an Ausgleichsgeldern weg. Ein Nullsummenspiel.